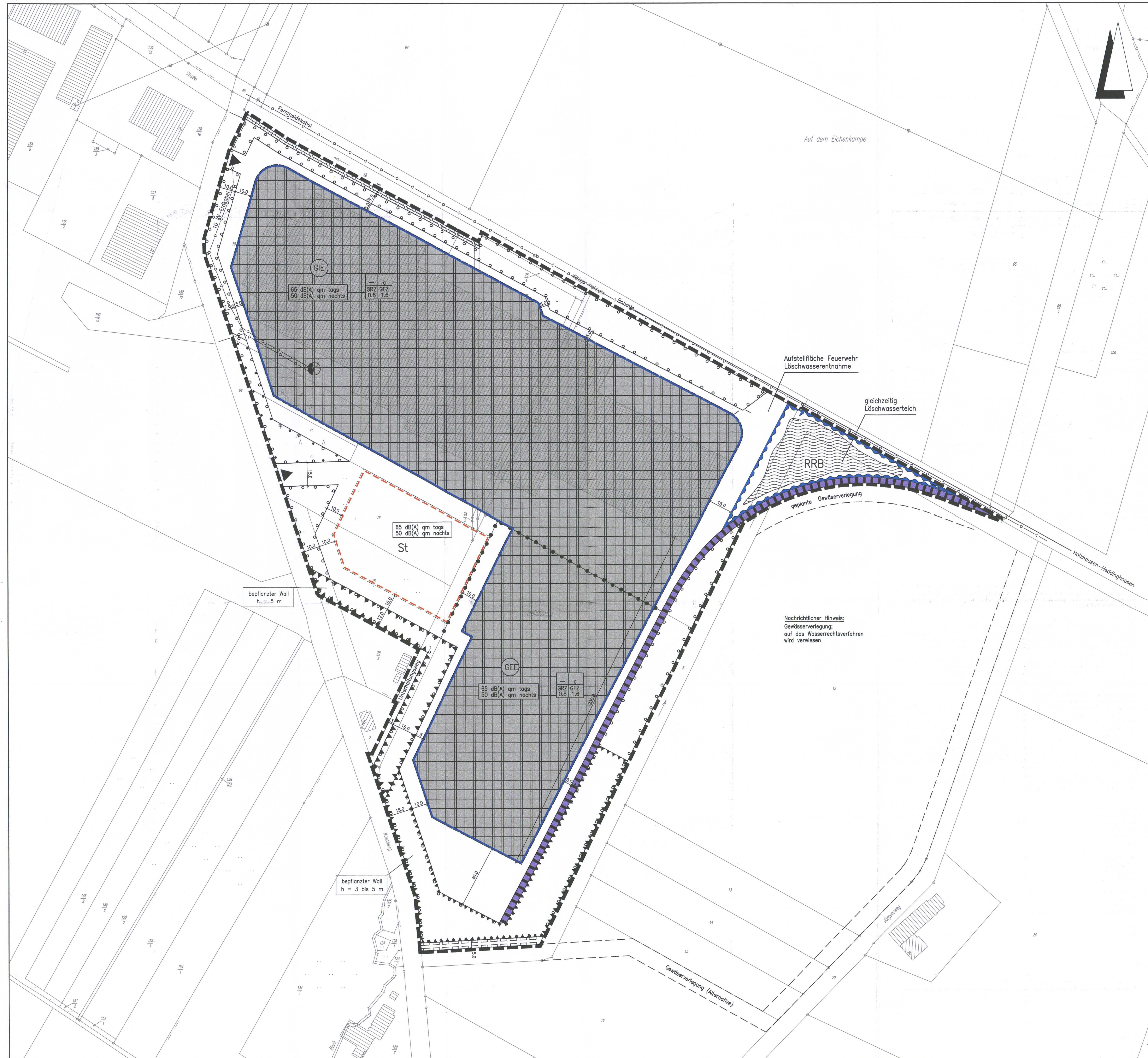


GEMEINDE BAD ESSEN

BEBAUUNGSPLAN NR. 43

"AGRO"



Planzeichenerklärung

Gemäß Planzeichenerklärung 1990 v. 18. Dez. 1990 (BGB, I, S. 58) und der Baunutzungsverordnung L. d. F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990, zuletzt geändert durch das Gesetz v. 22. April 1993 (BGB, I, S. 466).

I. Bestandsangaben

- Bestandsgrenze
- Flurgrenze
- Flurstück- bzw. Eigentumsgrenze mit Grenzmaß
- Höhenlinien mit Höhenangaben über NN
- Flurstücknummer

Im Übrigen wird auf die Planzeichenvorschrift DIN 18702 für großmaßstäbliche Karten und Pläne verwiesen.

II. Festsetzungen des Bebauungsplanes

Art der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

- überbaubarer Bereich
- Eingeschränktes Industriegebiet
- nicht überbaubarer Bereich
- überbaubarer Bereich
- Eingeschränktes Gewerbegebiet
- nicht überbaubarer Bereich

Maß der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, i. V. m. § 18 BauNVO)

Maßstab: 1:1000

Zahl der Vollgeschosse (Höchstmaß)

GRZ Grundflächenzahl gem. § 19 BauNVO

GRZ Geschossflächenzahl gem. § 20 BauNVO

- offene Bauweise gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 u. § 23 BauNVO
- abweichende Bauweise, Gebäudelängen > 50 m sind zulässig

Baugrenze

Öffentliche Verkehrsflächen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

- Bahnanlagen
- Ein- und Ausfahrt

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB)

Trafestation

Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)

- unterirdisch

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BauGB)

- Wasserflächen
- Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses
- RRB Regenrückhaltebecken

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Strüchern und sonstigen Bepflanzungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)
- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen und Erhalten von Bäumen und Strüchern und sonstigen Bepflanzungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB)

Sonstige Planzeichen

- Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 u. 22 BauGB)
- Stellplätze
- St. Mit Geh- und Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Flächen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung z.B. von Baugebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes (gem. § 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauNVO)
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (gem. § 9 Abs. 7 BauGB)
- Lärmschutzwand / -wand h = sh. Planzeichnung

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

A. Planungsrechtliche Festsetzungen

§ 1 Nutzungsregelung (§ 1 BauNVO)

In den GIE- und GEE-Gebieten sind Einzelhandelsbetriebe und Betriebe, die Abwasser mit gefährlichen Stoffen gemäß der Indirektleitungsverordnung (Nds. GVBl. V. 18.10.90) erzeugen, soweit die dort genannten Grenzwerte bzw. Anforderungen nicht eingehalten werden, nicht zulässig.

§ 2 Gebäudehöhen (gem. § 9 (2) BauGB)

Der Baukörper-Höhepunkt zur Bestimmung der Gebäudehöhe (Höhe fertiger Erdgeschossfußboden) ist der Schnittpunkt der Mittellinie der erschließenden öffentlichen Verkehrsfläche – d.h. fertige Straßenoberfläche – mit der verlängerten, senkrecht zur öffentlichen Verkehrsfläche verlaufenden Mittellinie des jeweiligen Baugrundstücks (Grundstücksscheitel).

Die max. Gebäudehöhe, gemessen von der Oberkante fertiger Erdgeschossfußboden bis zur oberen Kante des Daches wird auf 12,0 m festgesetzt. Für untergeordnete bauliche Anlagen wie Fahrschulstände, Schornsteine, Siloanlagen und Antennenträger ist eine Überschreitung auf bis zu max. 18,0 m zulässig.

§ 3 Festsetzungen zum Immissionsschutz (gem. § 1 (4) BauNVO)

Flächenbezogener Schallleistungspegel

Innerhalb des Plangebietes dürfen nur Anlagen und Betriebe errichtet werden, die die in der Planzeichnung festgesetzten immissionswirksamen flächenbezogenen Schallleistungspegel pro Grundstücksfläche nicht überschreiten.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die angegebenen immissionswirksamen flächenbezogenen Schallleistungspegel "effektive Werte" sind, der "wahre" Schallleistungspegel kann um das Maß einer möglichen Minderung durch Gebäude oder sonstige technische Einrichtungen, sowie durch zeitliche Einschränkungen erhöht werden. Damit ist es möglich, bei einer Betriebsplanung durch Gebäudestellungen oder Wahl von entsprechenden Baustoffen auch störrer errichtende Betriebe zu vermindern. Negativ kann und wird der "wahre" Schallleistungspegel jedoch z. B. durch Ruhezeitenzuschläge gem. TA-Lärm beeinflusst. Je nach Grundstücksgröße ergeben sich Teilgebietsteile, die ausgehend von der Betriebsfläche bei den Immissionsarten maximal erreicht werden dürfen. So ist sichergestellt, dass die Gesamtheit aller Gewerbeflächen keine unzulässigen Immissionen verursachen.

§ 4 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, usw. (gem. § 9 (1) Nr. 25 a u. b BauGB)

a) Die Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Strüchern und sonstigen Bepflanzungen sind entsprechend der potentiellen natürlichen Vegetation gemäß den Aussagen LÖF zu bepflanzen.

b) Auf den Stellplatzflächen ist je angefangene 5 Stellplätze ein hochstämmiger Laubbau entsprechend der potentiellen natürlichen Vegetation zu pflanzen (sh. Pflanzenliste im LÖF).

c) Im Bereich der Flächen mit Bindungen zum Erhalt von Bäumen, Strüchern usw. sind die vorhandenen Pflanzen dauerhaft zu erhalten und bei Abgang entsprechend nachzupflanzen.

Innerhalb der Flächen für Bepflanzungen sind Garagen und Stellplätze gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 (1) BauNVO unzulässig.

§ 5 Ausgleichsmaßnahmen gem. § 1 a BauGB u. § 8a BNatSchG

Die aufgrund der mit diesem Bauleitplan vorbereiteten Eingriffe durchzuführenden Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind entsprechend den Vorgaben des Landschaftsökologischen Fachbeitrages auf den dort bezeichneten Flächen durchzuführen.

§ 6 Außerkrafttreten von Satzungen

Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 43 "AGRO" tritt der Bebauungsplan Nr. 36 "Gewerbe- und Industriegebiet Senfmarkt" (Neuaufstellung) außer Kraft, soweit dieser durch den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 43 erfasst wird.

TEXTLICHE HINWEISE

- Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, wird darauf hingewiesen, dass diese Funde meldepflichtig sind (Nieders. Denkmalschutzgesetz). Es wird gebeten, diese Funde unverzüglich der zuständigen Kreis- und Gemeindeverwaltung zu melden, die sofort das zuständige Dezernat der Bezirksregierung in Oldenburg benachrichtigen wird.
- Gemäß BauNVO § 15 ist aus Gründen der Betriebssicherheit entlang dem Bahngelände (Gleis – Wittlager Kreisbahn) in einem Abstand von mindestens 3,00 m ab Gleisachse bzw. auf der Grundstücksgrenze eine mindestens 1,00 m hohe Einfriedung ohne Öffnung herzustellen.
- Es wird empfohlen, die Gebäudefassaden mit Kletterpflanzen zu begrünen (z. B. Efeu, wilder Wein etc.).

Präambel und Ausfertigung

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§ 56, 97 und 98 der Niedersächsischen Bauordnung und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Bad Essen diesen Bebauungsplan Nr. 43 "AGRO", bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden/verbleibenden/oberstehenden/unterstehenden Festsetzungen sowie den nachstehenden/verbleibenden/oberstehenden/unterstehenden örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung, als Satzung beschlossen:

Bad Essen, den 31. Juli 2002

 Bürgermeister

Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 17.10.2001 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 43 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 22.10.2001 öffentlich bekanntgemacht.

Bad Essen, den 31. Juli 2002

 Bürgermeister

Planunterlage

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte L4-1532/2001
Liegenschaftskarte: Wiltlage Flur 6, Hüsede Flur 21
Maßstab: 1:1000

Die Veranfertigung ist nur für eigene, nichtgewerbliche Zwecke gestattet (§ 13 Abs. 4 des Niedersächsischen Vermessungs- und Katastergesetzes vom 2.7.1985, Nds. GVBl. S. 187, geändert durch Gesetz vom 11.07.1994 (Nds. GVBl. S. 300)). Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 25.10.2001). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch unverändert. Die Übertragbarkeit der neu zu baulichen Anlagen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.

Osnabrück, den 21. Juni 2002

 Bürgermeister

Öffentliche Auslegung

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 18.12.2001 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 24.01.2002 öffentlich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 11.02.2002 bis 11.03.2002 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Bad Essen, den 31. Juli 2002

 Bürgermeister

Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 05.06.2002 als Satzung (§10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Bad Essen, den 31. Juli 2002

 Bürgermeister

Inkrafttreten

Der Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 43 "AGRO" ist gemäß § 10 (3) BauGB am 15.06.2002 im Amtsblatt für den Landkreis Osterholz bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 15.06.2002 rechtsverbindlich geworden.

Bad Essen, den 31. Juli 2002

 Bürgermeister

Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Bad Essen, den 31. Juli 2002

 Bürgermeister

Mängel und Abwägung

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Bad Essen, den 31. Juli 2002

 Bürgermeister

Übersichtskarte M. 1:10000



Entwurfsbearbeitung: **INGENIEURPLANUNG**
Lubow - Wilsch - Partner GbR
Dübenerstraße 12 48149 Münster
Telefon 02478/80-9 - Fax 02478/80-88
E-Mail: info@ingieurplanung.de

201295	Datum	Zeichen
201295	2001-11	Gr
201295	2001-11	Wie/Hd
201295	2002-06-05	Gr
201295	2002-06-05	Ev

Wallenhorst, den 2002-06-05

GEMEINDE BAD ESSEN

BEBAUUNGSPLAN NR. 43

"AGRO"

mit örtlichen Bauvorschriften

URSCHRIFT

Maßstab 1 : 1000

Unterlage : 1
Blatt Nr. : 1(1)

H:/Bad Essen/201295/plane/ba/plan-wall.dwg